

Liebe Leserinnen und Leser,
hier mein Bericht von der Ratssitzung am 11. Dezember 2008.

Personalien

Der Rat wählte

- Meike Liedtke-Ungemach als Schiedsfrau für den Bezirk Altstadt, Karlstadt, Stadtmitte, Pempelfort (einstimmig);
- die Mitglieder des Aufsichtsrats der Quadriennale GmbH. Die SPD ist vertreten durch Walburga Benninghaus (gegen Linksfraktion, Enthaltung Freie Wähler);
- die Mitglieder des Aufsichtsrats der sportAgentur Düsseldorf GmbH. Die SPD ist vertreten durch Regine Thum und Petra Kammerevert.
- die Mitglieder des Kuratoriums der Zero-Foundation. Die SPD ist vertreten durch Cornelia Mohrs (gegen Linksfraktion Enthaltung Freie Wähler);
- Frau Prof. Bröckmann zum stellvertretenden Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes IT-Kooperation Rheinland (einstimmig);
- Den Oberbürgermeister in den Beirat der Flughafen Düsseldorf GmbH (einstimmig). Die SPD ist dort weiterhin durch Walter Beeker vertreten;
- Walter Beeker anstelle von Dirk Bernecker in den Bauausschuss (einstimmig);
- wählte die stimmberechtigten Abgeordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages (gegen Linksfraktion und freie Wähler). Die SPD ist vertreten durch Dr. Rudolf Halberstadt und Alfred Syska;

und

- bestätigte gegen Linksfraktion (Enthaltung freie Wähler, 3 SPD-Stimmen) einen Dringlichkeitsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses, durch den Nachfolger für die CDU-Mitglieder des Aufsichtsrats der Multifunktionsarena Immobiliengesellschaft mbH & Co. KG gewählt wurden. Die SPD ist weiterhin vertreten durch Gudrun Hock und Helga Leibauer.

Verwaltungsvorlagen

Einstimmig stellte der Rat den Wirtschaftsplan 2009 des Stadtbetriebs Zentrale Dienste mit einem Volumen von 34,8 Mio Euro fest und nahm des Jahresabschluss 2007 bei Enthaltung der Linksfraktion zur Kenntnis. Zum Ausgleich des operativen Ergebnisses stellte er einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von rd. 442.000 Euro zur Verfügung.

Der Rat stellte einstimmig den Wirtschaftsplan des Stadtentwässerungsbetriebes 2009 sowie (bei Enthaltung der Linksfraktion) die Erfolgs- und Vermögensplanung bis 2012 fest. Weiterhin beschloss er bei Enthaltung der Linksfraktion gleich bleibende Gebühren für die Entwässerung 2009, wobei 7,7 Mio Euro aus der Gebührenaussgleichsrückstellung entnommen werden. Auch die Tarifsätze für die Entsorgung von Fäkal-schlämmen und die Gebührensätze für Entleerung und Reinigung von Benzin-, Öl- und Fettabscheideranlagen bleiben in 2009 unverändert (Enthaltung Linksfraktion).

Der Rat setzte erhöhte die seit 2003 unveränderten Gebühren für Personal und Fahrzeugkosten der Chemisch-biologischen Laboratorien ab 2009 (Enthaltung Linksfraktion). Die Personalkosten steigen um 1,50 Euro/Stunde, die Fahrzeugkosten um 0,20 Euro/Stunde und 0,04 Euro je Kilometer.

Einstimmig beschloss der Rat die Gebührenkalkulation und -satzung für die Straßenreinigung. Da der aus dem Steuerhaushalt finanzierte Anteil für das Allgemeininteresse erhöht wird, können die Gebührensätze um rd. 4 % gesenkt werden. Bei zahlreichen Straßen wurden die Reinigungsklassen geändert.

Der Rat beschloss einstimmig die Gebührenkalkulation für die Abfallentsorgung 2009. Die Gebührensätze bleiben unverändert. Für die Sammlung von Altpapier wird ein Vollservice angeboten mit Gebühren von 24,84 (120 und 240 l) bzw. 69,90 (1100l). Im Kellerservice wird eine 80 l-Altpapiertonne zu 36,24 Euro angeboten. Ein Antrag der Linksfraktion, den Vollservice für die Papiertonne gebührenfrei anzubieten, wurde von CDU, FDP, SPD und BÜ 90 abgelehnt.

Der Rat nahm Kenntnis von der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung im Neuen Kommunalen Finanzmanagement ab 1.1.2009.

Der Rat beschloss einstimmig Richtlinien zur Umsetzung eines Zuschussprogramms für die Förderung der Sanierung von Altimmobilien im Bestand zur Reduzierung der CO²-Emissionen in privaten Haushalten. Antragsberechtigt sind natürliche und juristische Personen des privaten Rechts sowie Eigentümergemeinschaften. Die geförderten Maßnahmen umfassen Wärmedämmung an Dächern, Kellerdecken und Außenwänden, Fensteraustausch, Kraft-Wärme-Kopplung, Optimierung von Heizungsanlagen (Hydraulischer Abgleich, Heizungsumwälzpumpen, Thermostatventile), thermische Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung, Holzpellet-Feuerungsanlagen. Für das Jahr 2009 werden 1,5 Mio Euro bereitgestellt, in 2010 und 2011 jeweils 2 Mio, in 2012 2,5 Mio Euro.

Der Rat änderte die Satzung für die Friedhöfe und für die Feuerbestattungsanlagen. Hierdurch werden die Bestattungsbezirke aufgehoben (einstimmig). Weitere Änderungen betreffen die Einschränkung von der Vergabe von Nutzungsrechten auf Teilflächen, die Verkürzung des Wiedererwerbs von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten auf mindestens 5 Jahre, die Einrichtung von Urnengemeinschaftsgrabstätten, die Einstellung der Dauergrabpflege durch die Stadt, die Streichung der Pflanzliste, die Handlungsmöglichkeiten bei vernachlässigten Grabstätten (entsprechende Gebühren wurden in einer Gebührensatzung festgelegt), die Begrenzung der Annahme von Verstorbenen zur Einäscherung auf ein Körpergewicht von 160 kg (Enthaltung Freie Wähler, gegen Linksfraktion). Ein Antrag der Linksfraktion, in der Satzung zu ergänzen, dass nur Grabmale aufgestellt werden, die ohne Kinderarbeit hergestellt worden sind, fand keine Mehrheit, weil im Fachausschuss mitgeteilt worden war, dass dies wegen unklarer Rechtslage zur Zeit nicht möglich ist. Gleichwohl soll eine entsprechende Vereinbarung mit den Steinmetzbetrieben auf freiwilliger Basis getroffen werden.

Der Rat beschloss einstimmig die Umwandlung von Realschulen und Gymnasien in gebundene Ganztagschulen. Zum 1.8.2009 sollen die Benzenberg-Realschule, das Gymnasium Koblenzer Straße, das Schloss und das Lessing-Gymnasium, zum 1.8.2010 die Theodor-Litt-Realschule sowie das Leibniz- und das Friedrich-Rückert-Gymnasium umgewandelt werden. Die Verwaltung wurde mit der Ausbauplanung beauftragt, die überschlägig ein Volumen von rd. 17 Mio Euro umfasst. Für kurzfristig zu beauftragende Maßnahmen stellte der Rat 0,5 Mio Euro zur Verfügung. Sollte die Bezirksregierung die Umwandlung aller vorgeschlagenen Schulen nicht genehmigen können, sind die Schulen in der aufgeführten Reihenfolge getrennt nach Realschule und Gymnasium umzuwandeln.

Der Rat beschloss gegen SPD, BÜ 90, Linksfraktion eine Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung. Zuvor war ein Änderungsantrag von SPD/BÜ 90 abgelehnt worden, als Elemente der Rechnungsprüfungsordnung das Teilnahmerecht des Rechnungsprüfungsamtes an Sitzungen, die Prüfung der Wirtschaftlichkeit von Investitionen, die Mitteilungspflichten an das Rechnungsprüfungsamt, die Arbeitsweise zwischen Rechnungsprüfungsamt, –ausschuss und Verwaltung sowie den Bereich Korruptionsverhinderung zu verankern, von CDU, FDP abgelehnt worden.

Der Rat beschloss einstimmig den Beitritt des Stadtentwässerungsbetriebes zur „Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V“. Dieser Verein leistet Überzeugungsarbeit für den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge im Bereich der Wasserwirtschaft.

Der Rat wurde darüber informiert, dass der Betrieb der öffentlichen Beleuchtung aufgrund einer europaweiten Ausschreibung weiterhin bis Ende 2018 durch die Stadtwerke Düsseldorf betrieben wird.

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Planung

- des Neubaus eines 80 x 60 m großen Kunstrasenspielfeldes nebst Umkleidegebäude im Bereich der Sportanlage Im Liefeld. Die jetzige Sportanlage von Viktoria 02 liegt im Bereich der Ortsumgehung Oberbilk. Viktoria 02 wird mit der benachbarten Eintracht 05 fusionieren. Auf dem neuen Spielfeld soll der Jugendspielbereich durchgeführt werden, voraussichtliche Kosten insg. rd. 1 Mio Euro (einstimmig);
- der Modernisierung der Stadtteilbücherei Garath einschl. Erneuerung der WC-Anlagen und Einbau eines Aufzuges in die Freizeitstätte Garath, Gesamtkosten rd. 1.05 Mio Euro, für Planungsmittel wurden sofort 17.900 Euro bereitgestellt (einstimmig);
- einer Dreifachsporthalle in Unterbach im Bereich der Carl-Sonnenschein-Schule mit voraussichtlichen Kosten von 7,4 Mio Euro. Die Halle wird eine Höhe von 8 m haben und damit für den Trampolinsport geeignet sein (einstimmig);
- des Baus einer Regenbeckenanlage auf dem Simon-,Gatzweiler-Platz südlich des Verkehrsknotens Heerdter Dreieck sowie eines Zulaufsammlers Alberichweg mit voraussichtlichen Kosten von 10,5 Mio Euro (einstimmig);
- des Neubaus einer Kindertages- und Jugendfreizeiteinrichtung Heinrich-Waldbröhl-Weg (Wittlaer) mit voraussichtlichen Kosten von 3,25 Mio Euro (einstimmig).

Der Rat beschloss folgende Baumaßnahmen:

- den Umbau des Tennenspielfeldes in ein Kunststoffrasenspielfeld auf der Bezirkssportanlage Paul-Thomas-Straße (Sportpark Niederheid) mit Gesamtkosten von 640.000 Euro (einstimmig);
- Brandschutzmaßnahmen im Kunstmuseum Ehrenhof 5 mit Gesamtkosten von 5,6 Mio Euro (Enthaltung Linksfraktion);
- den Neubau der öffentlichen Grünanlage nebst Kinderspielplätzen im Bereich „Neue Stadtquartiere Derendorf“ (ehemaliger Güterbahnhof Derendorf) mit Gesamtkosten von 6,35 Mio Euro. Die Durchführung der Baumaßnahmen erfolgt durch den Investor, der anteilige Kosten in Höhe von 3,8 Mio übernimmt (Enthaltung Linksfraktion);
- den Neubau der Gleiseckverbindung Bilker Kirche im Rahmen der Straßenbahn-anbindung des Medienhafens mit Gesamtkosten von 1,6 Mio Euro (einstimmig).

Baurecht

Der Rat beschloss einstimmig

- den Bebauungsplan „Östlich Süllenstraße“ (Hassels). In dem zwischen Süllen- und Zoppoter Straße gelegenen Gebiet war eine Verbindungsstraße vorgesehen. Dieser als Verkehrsfläche ausgewiesene Bereich wird nun als Wohnbaufläche ausgewiesen mit zwei bis dreigeschossiger Bebauung. Der vorhandene Dachdeckerbetrieb wird durch Ausnahmeregelungen gesichert.

Haushalt 2009

Abgelehnt wurden folgende SPD-Anträge

- Beschäftigungsoffensive durch Zurücknahme der Kürzung des Personaletats um 2 Mio Euro sowie unbefristete Festanstellung von 1-Euro-Jobbern und Einräumung der Möglichkeit, sich auf städtische Stellenausschreibungen gleichrangig zu bewerben, Erhöhung des Personaletats zweckgebunden um 2,8 Mio Euro;
- 50.000 Euro für die Durchführung eines Tags der Kulturen;
- Neue Wohnungen für Düsseldorf: Konzertierte Aktion zur Errichtung von jährlich 2500 Wohnungen, davon jeweils 1/3 in Eigentum, frei finanzierten Geschosswohnungsbau und öffentlich gefördertem Wohnungsbau unterschiedlicher Förderstufen; Kapitalerhöhung bei der städtischen Wohnungsgesellschaft um 6 Mio Euro zwecks Errichtung von 100 Wohnungen;
- Praktikumsplätze für Studierende: Fonds in Höhe von 200.000 Euro für 200 Studierende mit Hauptwohnsitz in Düsseldorf, aus dem die Studiengebühr gezahlt wird gegen Praktikumsleistung bei städtischen Einrichtungen/Gesellschaften;
- Einführung eines Sozialtickets für Inhaber des Düsseldorfpasses;
- Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit durch Einrichtung von Quartierfonds in Höhe von 20.000 Euro je Stadtbezirk, aus dem bürgerschaftliche Aktivitäten in den Stadtteilen unterstützt werden;
- Verzicht auf Elternbeiträge für alle Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren;
- 15 zusätzliche Stellen für Sprachförderung in den Kindertagesstätten;
- 20 zusätzliche Erzieherstellen für Kindertagesstätten in sozial benachteiligten Sozialräumen;
- Reduzierung der Gruppenstärken in Kindertageseinrichtungen;
- Umsetzung benutzerfreundlicher Öffnungszeiten in den Jugendfreizeiteinrichtungen
- Kostenloses Mittagessen an Ganztagschulen und in Kindergärten;
- Bereitstellung von 750.000 Euro Planungskosten für die Entwicklung eines CO2-armen Stadtquartiers:
- Sicherung des Industriestandorts Süd durch Umgestaltung der Unterführung Bamberger Straße, damit Schwerlasttransporter mit Überlänge (z.B. Krantransporte) die Bahnstrecke Düsseldorf-Köln risikofrei unterfahren können;
- Forcierung des barrierefreien Aus- und Umbaus von Straßen- und U-Bahnhaltestellen durch Bereitstellung zusätzlicher 2,5 Mio Euro in den nächsten Jahren;
- Netzerweiterung im öffentlichen Personennahverkehr und Bereitstellung zusätzlicher Mittel von 5 Mio Euro in den nächsten Jahren;
- Vorziehen des Beschleunigungsprogramms für den öffentlichen Personennah- und Schienenpersonennahverkehr und Bereitstellung zusätzlicher 2 Mio Euro in den nächsten Jahren;
- Statt Senkung der Gewerbesteuer Reduzierung der Grundsteuer um 35 Punkte von 440 auf 405.

Außerdem wurde der von SPD und BÜ 90/Die Grünen gemeinschaftlich gestellte Antrag zur Planung einer weiteren Gesamtschule abgelehnt. Auch sämtliche Änderungsanträge von BÜ 90/Die Grünen und der Linksfraktion wurden mehrheitlich abgelehnt.

Seitens der Fraktionen von CDU und FDP wurden keine Anträge zum Haushalt gestellt.

Zahlreiche im Jugendhilfeausschuss gemeinsam mit den Vertretern der Verbände beschlossene Erhöhungen wurden durch CDU, FDP, Düsseldorfer Bündnis zum Teil auch BÜ 90 wieder reduziert.

Der Gesamthaushalt wurde mit den Stimmen von CDU, FDP gegen SPD, BÜ 90, Linksfraktion und freie Wähler beschlossen.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen.

Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungen-

gebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen. Die Anträge der SPD sind ebenso wie die Haushaltsrede von Günter Wurm im Internet zu finden: www.spd-ratsfraktion-duesseldorf.de.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern fröhliche Weihnachten und für 2009 Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de